

# Verbands-Management (VM)

Fachzeitschrift für Verbands- und Nonprofit-Management



**VM 3/15**

Albert Rösti

**«Die Basis fasst Entschiede differenziert und weitsichtig»**

Verbands-Management, 41. Jahrgang, Ausgabe 3 (2015), S. 6-8.

Herausgeber: Verbandsmanagement Institut (VMI)  
Universität Freiburg/CH ([www.vmi.ch](http://www.vmi.ch))  
Redaktion: Remo Aeschbacher  
Layout: Remo Aeschbacher / Paulusdruckerei, Freiburg/CH  
Fotomaterial: Ratskanzlei Kanton Appenzell Innerrhoden zum Thema  
„Landsgemeinde“  
ISBN: 3-909437-44-3  
ISSN: 1424-9189  
Kontakt: [info@vmi.ch](mailto:info@vmi.ch)

Die Zeitschrift VM erscheint dreimal jährlich in den Monaten April, August und November.

Abdruck und Vervielfältigung von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Abschnitten, nur mit Genehmigung des Herausgebers.



## Interview

# «Die Basis fasst Entscheide differenziert und weitsichtig»

Albert Rösti

Die Basisdemokratie stellt eine tragende Säule in der Schweizer Politik dar. Das Volk kann mittels Abstimmungen direkt auf die Politik Einfluss nehmen und den Willen der Mehrheit abbilden. Entsprechend kommt in der Entscheidungsfindung den Informationskampagnen eine zentrale Rolle zu, um verschiedene Diskussionspunkte zu erörtern und damit zur optimalen Lösung zu gelangen. Funktionierende Informations- und Kommunikationswege sind Voraussetzung für basisdemokratische Entscheide. Albert Rösti, Wahlkampfleiter der Schweizerischen Volkspartei (SVP), äussert sich zu der Bedeutung eines basisdemokratischen Verständnisses und dessen Umsetzung in der eigenen Partei.

**VM:** Ihre Partei betont immer sehr stark die Vorteile und Notwendigkeit der Basisdemokratie. Was kann die Basis besser als deren Vertreter, die Politiker?

**Albert Rösti:** Die Basisdemokratie, wie sie die Schweiz kennt, ist die ideale Form, um den Willen der Mehrheit des Volkes abzubilden. Politiker sind zwar als Vertreter des Volkes gewählt, sind aber in der einen oder anderen Form beeinflusst durch einzelne Gruppen oder persönliche Interessen wie zum Beispiel dem Ziel, selber einmal in Brüssel zu politisieren. Der Entscheid der Basis, erfragt durch eine Volksabstimmung, ist demgegenüber viel breiter abgestützt. Und letztlich ist es die Basis, welche die Folgen der Entscheide tragen muss, also ist es auch richtig, dass sie den Entscheid treffen kann und die Mehrheit entscheidet. Dass die so gefassten Entscheide durchaus differenziert und weitsichtig ausfallen und nicht egoistische Bauchentscheide sind, zeigt beispielsweise die Ablehnung der Initiative «6 Wochen Ferien für alle».

**Wie wichtig sind in einem basisdemokratischen Prozess die vorgängigen Wahl- und Abstimmungskampagnen?**

Sie sind ein wichtiger Teil der Information und dienen auch dazu, auf relevante Vorlagen aufmerksam zu machen. Mit den Kampagnen können Positionen und Argumente dargelegt werden, die in der Diskussion dann erörtert werden und die zur Entscheidungsfindung der einzelnen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger führen. Besonders wichtig ist dies bei Argumenten, die nicht dem Mainstream entsprechen und daher Gefahr laufen, totgeschwiegen zu werden. Die Wichtigkeit von Kampagnen hat zugenommen, seit es in der Schweiz offiziell keine Parteipresse mehr gibt und damit die Wahrscheinlichkeit gewachsen ist, dass in den Medien nicht das ganze Spektrum an Argumenten abgebildet wird.

**Ist es in einer Zeit, die geprägt ist von Schnellebigkeit und immer komplexer werdenden Themen, überhaupt noch möglich, basisdemokratische Prinzipien zu leben?**

Durchaus. An die Urne kommen ja grösstenteils gewichtige Themen, über die schon lange in der einen oder anderen Form diskutiert wird. Zudem sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in der Lage, auch komplexe Themen zu verstehen, sich darüber eine Meinung zu bilden und dann einen differenzierten Entscheid zu fällen. Die Befragungen nach den Abstimmungen zeigen jeweils, dass sich das Stimmvolk intensiv mit der jeweiligen Materie und den Argumenten befasst. Mich ärgern Aussagen, wonach ein Entscheid nur aufgrund von Bauchgefühlen anstatt aufgrund von Fakten entstanden sei. Ich erinnere hier an die Masseneinwanderungsinitiative respektive die Epop-Initiative, die dasselbe Problem zum Inhalt hatten, aber unterschiedliche Lösungen boten und deshalb auch zu unterschiedlichen Resultaten führten.

**Mit der Abspaltung der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) gab es auch in der SVP Momente, wo ba-**

**sisdemokratische Prozesse an Grenzen stiessen. Wo oder wann funktioniert die Basisdemokratie nicht mehr? In welchen Bereichen macht ein Festhalten an basisdemokratischen Prinzipien Sinn, wo oder wann sollten Entscheide eher autoritär gefällt werden?**

Die Basisdemokratie funktioniert dann nicht mehr, wenn getroffene Abmachungen plötzlich nicht mehr gelten, wenn Abläufe und Entscheide hintertrieben werden und wenn versucht wird, mittels Schaffung von «faits accomplis» oder mittels Druck Entscheide in die gewünschte Richtung zu lenken. Dies mussten wir leider bei der Gründung der BDP mehrfach erleben. Aber nicht nur in der Partei, sondern auch in der Schweiz stösst die Basisdemokratie leider an ihre Grenzen, wenn Entscheide nicht akzeptiert werden und wenn versucht wird, sie auszuhebeln. Ein Beispiel ist die angenommene Ausschaffungsinitiative respektive der abgelehnte entsprechende Gegenvorschlag: Das nun vorliegende Gesetz enthält die Härtefallklausel, die die Initiative ausdrücklich nicht vorsah und die jedoch im Gegenvorschlag enthalten war. Der Respekt vor Volksentscheiden muss unbedingt wieder wachsen.

Autoritäre Entscheide hingegen können höchstens in akuten Krisen wie im Kriegsfall sinnvoll sein. Wichtig ist dabei aber, dass eine solche Entscheidungsfindung auch gesetzlich respektive durch Organisationsreglemente legitimiert ist – es darf nicht sein, dass ein autoritärer Weg gewählt wird, nur um das Volk oder ein Gremium zu umgehen.

**Sie waren selber lange Zeit Geschäftsführer eines grossen Branchenverbands. Wie wichtig war in diesem Umfeld die Basisdemokratie für Sie?**

Sehr wichtig. Ich war in diversen Gremien unterschiedlicher Zusammensetzung tätig, in denen die Entscheide basisdemokratisch gefällt wurden. Diese Methode hat sich bewährt, da die Teilnehmer oft unterschiedliche Sichtweisen einbrachten, und sich die optimale Lösung dann in der Diskussion herauskristallisierte. Ich machte die Erfahrung, dass solche Beschlüsse dann auch eine hohe Akzeptanz genossen. Im Unterschied zum Staat hat man aber in einem Verband nicht die Grundgesamtheit aller Interessenvertreter beisammen, sondern lediglich die «freiwilligen» Mitglieder. Gerade in einem Branchenverband



Albert Rösti, Wahlkampfleiter der SVP

kann dies bedeuten, dass «Nicht-Mitglieder» Beschlüsse des Verbands im Interesse der Branche nicht mittragen, weil sie als «Trittbrettfahrer» von einem Ausscheren profitieren. Dies begrenzt die Möglichkeit der Arbeit in einem Verband.

**Welche (kulturellen) Voraussetzungen braucht es, damit die Basisdemokratie in einem Verband funktioniert?**

In der Schweiz haben basisdemokratische Entscheide eine lange historische Tradition. Dies spürt man überall, auch in der Verbandsarbeit. Die Fähigkeit, zuzuhören und sich auf die Argumente der anderen einzulassen ist ebenso gegeben wie eine gute Diskussionskultur. Auch die Bereitschaft, den gefassten Entscheid zu respektieren und umzusetzen. Dies gilt aber nicht nur in einem Verband, sondern besonders auch in der Politik (vergleiche aber auch Trittbrettfahrertum in vorangehender Frage)!

**Das Internet sowie die Social Media bieten heute technisch gesehen viele Möglichkeiten, den Mitgliedern mehr Mitsprache und Mitwirkung zu bieten. Sehen Sie Gründe, warum Verbände diese Instrumente nur bedingt nutzen?**

Ein Grund dürfte sein, dass die gewachsenen Strukturen der Verbände eher auf traditionelle Versammlungen in den Sektionen angelegt sind. Weiter haben

nach wie vor nicht alle Verbandsmitglieder einen Internet-Anschluss, und Social Media sind nicht überall akzeptiert, sodass ein Teil der Mitglieder von der Mitwirkung de facto ausgeschlossen würde, wenn dies sich immer stärker in Richtung Internet verschieben würde. Und schliesslich birgt der digitale Weg auch die Gefahr von zu starker Reduktion auf «likes» und ein grosses Potenzial für Missverständnisse, da Zwischentöne und Differenzierungen, wie sie in einer Versammlung möglich sind, fehlen.

**Wird das Bedürfnis nach Basisdemokratie und Mitwirkung in Parteien respektive Verbänden eher zu- oder abnehmen? Und was empfehlen Sie Verbänden, um sich entsprechend optimal aufzustellen?**

Ich habe den Eindruck, dass sich das Bedürfnis letztlich kaum verändern wird. Die Basisdemokratie hat Tradition, und die Menschen wollen mitbestimmen. Dies zeigen auch die Stimmbeteiligungen und im Gegenzug die Wahlbeteiligung, die tiefer ist als im Ausland. Die Menschen verlassen sich auf ihr Mitbestimmungsrecht. Auch in den Verbänden und Parteien wollen die Mitglieder mitwirken. Auch wenn sie sich vielleicht nicht mehr so langfristig verpflichten mögen wie früher, sind sie doch bereit, mitzuarbeiten und mitzubestimmen. Zentral ist aber eine effiziente Organisationsstruktur und funktionierende Informations- und Kommunikationswege von der Spitze bis zur Basis und zurück.

**Der Interviewpartner**



**Albert Rösti/albert.roesti@parl.ch**

Dr. Albert Rösti wurde 2011 in den Nationalrat gewählt und ist Mitglied in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK). Seit 2015 fungiert er als Wahlkampfleiter der SVP für die Deutschschweiz. Zudem ist er Gemeindepräsident von Uetendorf und führt eine eigene GmbH in den Bereichen Public Affairs und Projektmanagement.